

# Jahresbericht 2016



## Impressum

Bonn, März 2017

**Herausgeber:**

SÜDWIND – Institut für  
Ökonomie und Ökumene  
Kaiserstraße 201, 53113 Bonn  
Tel.: +49 (0)228-763698-0  
info@suedwind-institut.de  
www.suedwind-institut.de

**Bankverbindung:**

Verein: KD-Bank  
IBAN: DE45 3506 0190 0000 9988 77  
BIC: GENODED1DKD

Stiftung SÜDWIND: Ethikbank  
IBAN: DE12 8309 4495 0003 0840 00  
BIC: GENODEF1ETK

**Autorin:**

Vera Schumacher

**V.i.S.d.P.:** Martina Schaub

**Gestaltung und Satz:**

www.pinger-eden.de

**Druck und Verarbeitung:**

Brandt GmbH, Bonn,  
gedruckt auf Recycling-Papier

**Titelfoto:**

Joydeep Mukherjee/ILO/Flickr.com

Gefördert aus Mitteln des Kirchlichen  
Entwicklungsdiensstes durch Brot für die  
Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst,  
durch den Evangelischen Kirchenverband  
Köln und Region und die Evangelische  
Kirche im Rheinland.

## Inhalt

### **Editorial & Das Jahr 2016 in Zahlen**

#### **Themen**

##### **2030 Agenda (SDG)**

##### **Arbeitsbedingungen in der textilen Kette**

##### **Baumwolle**

##### **Entwicklungs- und Klimafinanzierung**

##### **Fachstelle Globale Wirtschaft und Menschenrechte**

##### **Green Economy**

##### **Kakao**

##### **Migration und Entwicklung**

##### **Mobiltelefone**

##### **Nachhaltige Geldanlagen**

##### **Schuh- und Lederproduktion**

##### **Zertifizierungen und Sozialverpflichtung**

### **25 Jahre SÜDWIND**

### **Vernetzungen**

#### **Team**

#### **Vorstand**

#### **Bericht des Vorstands**

#### **Stiftung SÜDWIND**

# Editorial

*Liebe Leserin, lieber Leser,*



SÜDWIND ist von Beginn an seinem Arbeitsansatz treu geblieben: wir befassen uns anhand konkreter Beispiele mit den Ursachen globaler Krisen, Missstände und Probleme. An vielen Stellen sind die Gründe dafür im politischen und wirtschaftlichen Handeln von Staaten und Unternehmen zu finden. Wir warnen seit langem vor der Nicht-Nachhaltigkeit unseres heutigen Wirtschaftssystems. Wenn die bestehenden globalen Strukturen Ungerechtigkeit und Unrecht ermöglichen, müssen wir genau daran etwas ändern. Wir brauchen eine am Menschen orientierte Wirtschaft.

Aber anstelle von mehr und schlagkräftigerem gemeinsamem internationalem Handeln angesichts weltweiter Probleme erleben wir, dass Globalisierungssängste der Menschen in Europa und den USA zum Anwachsen rechtspopulistischer Bewegungen führen, die genau das Gegenteil fordern – zurück in die Grenzen des Nationalstaats. In immer mehr Ländern erzielen rechtspopulistische Strömungen und Parteien bestürzende Wahlerfolge.

Wir bei SÜDWIND sind der Meinung, dass insbesondere in diesen Zeiten großer Veränderungen und Krisen die Lösung vieler Probleme ein politisch gestalteter Strukturwandel hin zu mehr sozialer Gerechtigkeit, ökologischer Nachhaltigkeit, internationalem Ausgleich und menschlicherem Wirtschaften ist.

Mein großer Dank gilt unseren SpenderInnen, unseren Mitgliedern und auch unseren Partnerorganisationen und Förderinstitutionen, die unseren Einsatz für eine gerechtere Weltwirtschaft erst möglich gemacht haben. Auch zahlreiche Ehrenamtliche und PraktikantInnen haben uns im vergangenen Jahr tatkräftig unterstützt. Ihr Engagement macht unsere Arbeit lebendig und es ist gut, Sie an unserer Seite zu wissen!

Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre.

A handwritten signature in blue ink that reads "M. Schaub".

Martina Schaub  
Geschäftsführerin

## Das Jahr 2016 in Zahlen



# Themen

## ► 2030 Agenda – Nachhaltige Entwicklungsziele (SDG)

### Der Privatsektor und die SDG: Zielkonflikte und Kooperationen bei der Umsetzung von sozialen und ökologischen Standards



Mit der Agenda 2030 einigte sich die internationale Staatengemeinschaft im Jahr 2015 auf einen umfangreichen Orientierungsrahmen für fast alle Bereiche des politischen Handelns. Als Kernstück zur Umsetzung gelten die „Nachhaltigen Entwicklungsziele“ (Sustainable Development Goals – SDG). Für ihre Umsetzung besteht ein hoher Bedarf an Investitionen. Das ist Geld, das die Entwicklungsländer alleine nicht werden aufbringen können. Daher setzt die internationale Gemeinschaft angesichts knapper Kassen stark auf private Unternehmen und Investoren. Für entsprechende Partnerschaften zwischen dem öffentlichen und dem privaten Sektor werden auch Finanzmittel aus der Entwicklungszusammenarbeit bereitgestellt. SÜDWIND hat hierzu zwei Fact Sheets veröffentlicht und zeigt, dass das Engagement des Privatsektors kein Selbstläufer zur Erreichung der SDG ist, sondern vielmehr bestimmte Bedingungen erfüllt und gesteuert werden müssen.

Im Fact Sheet „Agenda 2030 – Nachhaltige Entwicklungsziele (SDG): Die Rolle des Privatsektors“ wird erklärt, für welche der 17 SDG der Privatsektor von besonderer Relevanz ist. Das SDG 8 beispielsweise, bei dem es

um Fragen des Wirtschaftswachstums geht, beinhaltet produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit gleichrangig. Hier ist die Privatwirtschaft ganz klar gefordert, denn noch immer gibt es in den globalen Lieferketten teilweise große Missstände bis hin zu Kinderarbeit und Sklaverei. Das ist nicht hinnehmbar und mit den SDG unvereinbar.



Das Fact Sheet „Agenda 2030 – Nachhaltige Entwicklungsziele (SDG): Kooperationen mit dem Privatsektor“ beschäftigt sich mit verschiedenen Kooperationsformen zwischen dem Staat und der Privatwirtschaft, die im Rahmen der SDG noch weiter an Bedeutung gewinnen werden. Am bekanntesten sind die öffentlich-privaten Partnerschaften (PPP). Die Erfahrungen sind hier aber durchaus unterschiedlich. Viele Probleme wie fehlender Zugang zu Wasser- und Elektrizitätsversorgung und Telekommunikationsinfrastruktur konnten mit Hilfe von PPP nicht kostengünstig und effizient gelöst werden.

Eine Beteiligung des Privatsektors wird zur Erreichung der SDG dennoch unerlässlich sein. Es müssen aber Voraussetzungen getroffen werden, dass solche Investitionen auch im Sinne der SDG ausgestaltet werden. SÜDWIND fordert u.a. die Entwicklung von verpflichtenden Instrumenten, um die Tätigkeit von multinationalen Unternehmen zu regulieren und Menschenrechtsverletzungen auszuschließen. Darüber hinaus bedarf es

regelmäßiger Evaluierungen von Auswirkungen auf Umwelt, Menschenrechte und Gendergerechtigkeit im Vorfeld von Handels- und Investitionsvereinbarungen. SÜDWIND wird in diesem von Engagement Global im Auftrag des BMZ und von der Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen geförderten Projekt „Privatsektor und SDG“ bis Ende 2017 drei Studien und drei weitere Fact Sheets veröffentlichen und eine Tagung in Bonn ausrichten.



### Nachhaltige Investoren übernehmen SDG

Die Agenda 2030 mit den Nachhaltigen Entwicklungszielen (SDG) der Vereinten Nationen soll allen Ländern

der Welt eine Orientierung für ihre sozial und ökologisch nachhaltige Entwicklung geben. Es geht mit ihnen nicht mehr nur um die Armutsbekämpfung in Entwicklungsländern sondern auch darum, dass die Industrieländer mehr Nachhaltigkeit anstreben und die beschlossenen Nachhaltigkeitsziele umsetzen. Diese Universalität der SDG hat zu Recht dazu geführt, dass Investoren nachhaltiger Geldanlagen sie in ihre Anlagekriterien aufnehmen. SÜDWIND hat daher für die GLS Bank und für den Fair World Fonds Kriterien ausgearbeitet, die die Auswahl von Staatsanleihen in Einklang mit den SDG bringen. Viele der bereits von SÜDWIND mit entwickelten, bestehenden Kriterien konnten dabei übernommen werden, für andere wiederum (z.B. SDG 11 – Nachhaltige Städte und Gemeinden) mussten neue Indikatoren hinzugefügt werden. Anlagekriterien, die bereits strenger formuliert sind als die SDG, z.B. der Ausschluss von Atomkraft und grüner Gentechnik, bleiben erhalten.

## ► Arbeitsbedingungen in der textilen Kette

### Folgen des Freihandels. Das Ende des Welttextilabkommens und die Folgen für die Beschäftigten



Die Chancen und Grenzen eines globalisierten Freihandels wurden in Europa im Jahr 2016 insbesondere am Beispiel der Freihandelsabkommen TTIP und CETA diskutiert. Aber auch im Textilsektor führte das Auslaufen des Welttextilabkommens im Jahr 2004 bereits vor etwas mehr als zehn Jahren zu einer weitgehenden

Liberalisierung. Es stellt sich daher die Frage, welche Folgen diese Liberalisierung auf die Beschäftigten in der Textil- und Bekleidungsindustrie der wichtigsten Produktionsländer hatte. Dieser Frage geht eine von SÜDWIND für die Otto-Brenner-Stiftung verfasste Studie nach.

Die Untersuchung überprüft an sieben Beispillländern (Bangladesch, China, Indien, Indonesien, Kambodscha, Türkei, Vietnam) und einer Wirtschaftsregion (EU) zen-

trale Prognosen über die Folgen der Handelsliberalisierung auf dem Welttextilmarkt. Prognostiziert wurden unter anderem ein Wachstum des Textil- und Bekleidungshandels sowie eine massive Verlagerung der Produktion nach China. Außerdem war vorhergesagt worden, dass der aus dem Freihandel resultierende Kampf um Marktanteile zu einem sozialen Wettlauf nach unten führen werde.

Der Blick in die untersuchten Schwerpunktländer hat in der Tat viele anhaltende und sich verschärfende Probleme offenbart: In allen Ländern sind die Beschäftigten und ihre Organisationen mit Betriebsverlagerungen und Entlassungen konfrontiert. Dies wiederum führte zu Rückschlägen in der gewerkschaftlichen Organisierung. Diese Entwicklung spricht für das Eintreten des sozialen Wettlaufs nach unten.

Allerdings weist die Studie auch darauf hin, dass das letzte Jahrzehnt nicht nur ein Jahrzehnt der Liberalisierung, sondern auch der zunehmenden Arbeitskämpfe und des wachsenden Widerstands von Gewerkschaften und Zivilgesellschaft gegen unzumutbare Arbeitsbedingungen war.

Neben der Überprüfung der Auswirkungen von zehn Jahren Handelsliberalisierung bietet die Studie für alle am Textil- und Bekleidungssektor Interessierten einen aktuellen Überblick über die Entwicklung des Weltmarkts, die wichtigsten Lieferländer sowie Herausforderungen und Strategien der Schwerpunktländer bzw. -regionen.



## ► Baumwolle

### Make in India – Untersuchung zu Arbeitsbedingungen in westindischen Textilbetrieben



„Make in India“ – mit diesem Slogan wirbt die indische Regierung um internationale Investitionen, um die Produktion im eigenen Land anzukurbeln. Dabei bleibt unerwähnt, welchen Preis die in der indischen Textilbranche arbeitenden Menschen dafür bezahlen müssen: Überlange Arbeitszeiten, niedrige Löhne, fehlende Arbeitsverträge.

Die von SÜDWIND, der Deutschen Kommission Justitia et Pax und der indischen Nicht-Regierungsorganisation PRAYAS vorgelegte und von der Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen finanzierte Studie lenkt den Blick auf die Arbeitsbedingungen in indischen Textilbetrieben von der Baumwollentkernung bis zur Konfektion. Auf der Grundlage einer durch Engagement Global finanzierten Befragung von Beschäftigten aus zehn Textilbetrieben im indischen Bundesstaat Gujarat, die vom SÜDWIND-Partner PRAYAS Ende 2015 durchgeführt wurde, vermittelt die Studie ein Bild von strukturellen Arbeitsrechtsverletzungen in der in-

dischen Textilverarbeitung. So wurden die massivsten Arbeitsrechtsverletzungen am Anfang der textilen Kette, in den Entkernungsfabriken, festgestellt. Ein Teil der Beschäftigten arbeitet ohne Verträge, ohne Zugang zu sozialen Sicherungssystemen und zu Löhnen unterhalb eines existenzsichernden Niveaus. Aber auch die Spinnereien verstößen massiv gegen indisches Arbeitsrecht und gegen verschiedene Konventionen der Internationalen Arbeitsorganisation ILO.

Besorgniserregend ist insbesondere die weitgehende Abwesenheit von gewerkschaftlicher Organisierung, gewählten ArbeitnehmerInnen-Interessensvertretungen sowie von Kollektivverhandlungen. Eine solche organisierte Verhandlungsmacht ist der Schlüsselfaktor für die Umsetzung aller anderen Arbeitsstandards.

Die Produkte aus den zehn untersuchten Betrieben, ob Baumwollfasern, Garne, Stoffe oder Bekleidung, sind in globale Wertschöpfungsketten eingeflochten. Darauf verweisen die in der Studie enthaltenen Firmenporträts: Die untersuchten Firmen haben Verbindungen mit asiatischen und europäischen Märkten und Unternehmen (z.B. C&A und H&M) einerseits, mit international präsenten Standardinitiativen wie dem Global Organic Textile Standard (GOTS) oder Fairtrade andererseits. Auch gegen deren soziale Anforderungen verstößen die Arbeitsbedingungen in den untersuchten Betrieben.

Um die Arbeitsbedingungen zu verbessern empfiehlt SÜDWIND die Initiierung eines sozialen Dialogs vor Ort, die Kopplung staatlicher Subventionen für den Textilsektor an die Einhaltung von Arbeitsstandards, eine verstärkte Organisierung der Beschäftigten und eine verbesserte Umsetzung der Anforderungen von Nachhaltigkeitsstandards wie GOTS und Fairtrade.

Die Ergebnisse der Studie wurden bei einem Fachgespräch für ExpertInnen aus der Zivilgesellschaft und aus dem Textilbündnis vorgestellt und mit VertreterInnen von Nachhaltigkeitsstandards in der Textilverarbeitung diskutiert. Das Ziel des Fachgesprächs, dessen Ergebnisse in einem Thesenpapier zur Verfügung ste-

hen, war es, Lücken in der Implementierung von Nachhaltigkeitsstandards zu identifizieren. Auch wurden Handlungsmöglichkeiten verschiedener Stakeholder für eine bessere Implementierung von Arbeitsrechten in der Textilproduktion diskutiert.

Zu der veröffentlichten Studie sind eine englischsprachige Übersetzung sowie zwei themenspezifische Fact Sheets erschienen. Diese behandeln die Lohnpolitik in westindischen Textilbetrieben und die Vereinigungsfreiheit in den Fabriken.



### Informell und ungeschützt. Arbeitsbedingungen in der Textilindustrie im indischen Surat

Überlange Arbeitszeiten, fehlende soziale Sicherungen, fehlende Arbeitsverträge - Missstände wie diese treten in der gesamten Textilproduktion in vielen verschiedenen Ländern auf. In der Studie „Informell und ungeschützt“ zeigt SÜDWIND, dass die meisten Arbeitsverhältnisse auch in der indischen „Seidenstadt“ Surat informell, ungeschützt und schlecht entlohnt sind. Die Löhne der Befragten reichen bei weitem nicht für ein menschenwürdiges Leben aus.

Grundlage der Studie ist eine qualitative Befragung von 50 Beschäftigten aus 48 Textilbetrieben Surats. In allen untersuchten Betrieben arbeitet zumindest ein Teil der Beschäftigten ohne Verträge, ohne Zugang zu sozialen Sicherungssystemen und zu Löhnen unterhalb eines existenzsichernden Niveaus. Viele Beschäftigte arbeiten zwölf Stunden täglich – und erreichen doch kaum den ge-

setzlichen Mindestlohn. Darüber hinaus gibt es in kaum einem Betrieb eine gewerkschaftliche Interessenvertretung. Dies ist einer der zentralen Gründe dafür, dass sich die Arbeitsbedingungen nicht verbessern.

Die Studie schließt mit klaren Empfehlungen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Diese sind sowohl an den indischen Staat gerichtet, der den Rechtsschutz für Beschäftigte auch in kleinen Betrieben verbessern und nationale Arbeitsgesetze besser umsetzen muss. Sie richten sich aber auch an das deutsche Textilbündnis (siehe dazu Seite 20), das den Anspruch hat, die Arbeitsbedingungen entlang der gesamten textilen Kette zu verbessern. Ergänzt wird die Studie durch ein Fact Sheet, das die Inhalte knapp zusammenfasst.

Die Studie wurde im Rahmen des Projekts „Green Economy“ von Engagement Global im Auftrag des BMZ und von der Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen gefördert.



## ► Entwicklungs- und Klimafinanzierung

### Klimafinanzierung gestalten. Damit Armutsbekämpfung nicht zurückbleibt.

Im November 2016 wurde in Marrakesch im Rahmen der internationalen Klimaverhandlungen erneut über den Klimaschutz und die Umsetzung des Klimaabkommens von Paris verhandelt. Dabei ging es auch wieder darum, wie die Industriekonzerne Entwicklungsländer beim Klimaschutz und den Anpassungsmaßnahmen unterstützen können oder sogar müssen. Seit vereinbart wurde, dass die Industriekonzerne bis zum Jahr

2020 jährlich 100 Mrd. US-Dollar für klimarelevante Maßnahmen in Entwicklungsländern bereitstellen sollen, sind die Mittel deutlich angestiegen. Sie werden jedoch nicht nur als Klimafinanzierung angerechnet, sondern auch auf die internationale Entwicklungsförderung. SÜDWIND fordert seit vielen Jahren, dass es daher nicht nur um die Höhe der Gelder gehen darf, die die Industriekonzerne zur Verfügung stellen. Vielmehr muss auch dafür gesorgt werden, dass die Mittel im Sinne der Armutsbekämpfung und der sozialen Gerechtigkeit eingesetzt werden. Gerade weil die

seit den 1970er Jahren geltende internationale Verpflichtung, 0,7 % des Bruttonationaleinkommens für Entwicklungszusammenarbeit aufzubringen, bislang nur wenige Länder eingehalten haben, bleibt es umso wichtiger, dass beide Verpflichtungen, d.h. Klimafinanzierung und Armutsbekämpfung gleichermaßen im Blick behalten werden.



Die Studie versteht sich auch als Plädoyer dafür, dass Entwicklung und Klimaschutz stärker verzahnt werden müssen. Dafür ist es notwendig, für die Klimafinanzierung die Kriterien anzuwenden, die in der Vergangenheit Einzug in die Entwicklungsförderung gefunden haben: Wirkungsori-

tierung, Eigenverantwortung der Empfängerländer und die Anpassung von internationalen Maßnahmen an die nationalen Strategien der Länder.

Angesichts knapper Kassen werden aber auch immer mehr öffentliche Mittel dafür verwandt, zusätzliche private Mittel zu mobilisieren. SÜDWIND fordert, dass diese an sich wichtige und auch notwendige Mobilisierung von privaten Investitionen auch kritisch hinterleuchtet werden muss, insbesondere dann, wenn es um Sozialstandards und Menschenrechte geht. Die Studie wurde im Rahmen des Projekts „Green Economy“ von Engagement Global im Auftrag des BMZ und von der Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen gefördert.



## ► Fachstelle Globale Wirtschaft und Menschenrechte



Zum 01. April 2016 konnte die Arbeit auf der neu eingerichteten Stelle einer Fachpromotorin für Globale Wirtschaft und Menschenrechte bei SÜDWIND beginnen. Die Stelle ist Teil des bundesweiten Eine-Welt-PromotorInnen-Programms, das in Nordrhein-Westfalen (NRW) durch das Eine-Welt-Netz NRW und Engagement Global koordiniert wird. Die Fachstelle möchte auf menschenrechtsverletzende Strukturen globalen Wirtschaftens hinweisen und Wege zur Veränderung aufzeigen. Mit dem Fokus auf NRW sollen Dialog, Engagement, politisches Bewusstsein und Fachwissen zur Thematik gestärkt werden. Dies geschieht über Bildungsarbeit und die Qualifizierung von MultiplikatorInnen, die Entwicklung und Bekanntmachung von Handlungsangeboten, Netzwerkarbeit und Beratung. Ein Newsletter der Fachstelle informiert etwa vierteljährlich über aktuelle Publikationen zu Menschenrechtsverletzungen in globalen Lieferketten, über politische Handlungsmöglichkeiten und menschenrechtliche Sorgfaltspflicht von Unternehmen, Lernmaterialien sowie Veranstaltungen in NRW im Themenfeld.

Über die Präsenz mit thematischen Informationsständen auf Großveranstaltungen wie den Weite-Wirkt-Festivals der Evangelischen Kirchen im Rheinland und von Westfalen, der Dortmunder Messe Fair and Friends oder dem Heldenmarkt in Düsseldorf konnten BesucherInnen für Menschenrechtsproblematiken (etwa in der globalen Schuhproduktion) und politische Einflussmöglichkeiten informiert werden. Durch Vorträge und Podiumsteilnahmen im kirchlichen wie zivilgesellschaftlichem Kontext und durch Beiträge für Gemeindebriefe und zivilgesellschaftliche Informationsmedien konnten Menschen direkt vom Fachwissen von SÜDWIND profitieren. Auch der Kontakt mit neuen Zielgruppen ist entstanden: So wurde im November 2016 gemeinsam mit FEMNET e.V. ein Qualifizierungsworkshop für junge ModebloggerInnen durchgeführt, die ihr Wissen zu Menschenrechten in der textilen Produktion vertiefen und über ihre Blogs weiter verbreiten konnten.

Ein besonderer Fokus der Vermittlungsarbeit der Stelle liegt auf den relevanten politischen Prozessen, die eine zivilgesellschaftliche Einflussnahme ermöglichen. Im vergangenen Jahr war dies der durch die Bundesregierung Ende des Jahres beschlossene Nationale Aktionsplan Wirtschaft und Menschenrechte: Mit der Beteiligung an der bundesweiten Unterschriftenaktion „Menschenrechte vor Profit“ setzte sich SÜDWIND da-



Foto: Anja Pflieger

für ein, dass Unternehmen in Deutschland zur Achtung der Menschenrechte in ihrem Auslandsgeschäft gesetzlich verpflichtet werden sollen.

Um ein Angebot mit breiter Beteiligungsmöglichkeit zu schaffen, beteiligte sich die Fachstelle an der Entwicklung der im Januar 2017 gestarteten Handyaktion NRW (siehe Seite 16-17).



Foto: Jörg Fäuerle

## ► Green Bonds

**Green Bonds – Black Box mit grünem Etikett?  
Grüne Anleihen – ein neuer Weg zur Finanzierung von Umweltschutz und Entwicklung?**



Nach Ansicht vieler ExpertInnen sind Green Bonds/ Grüne Anleihen der neue Stern am Himmel der nachhaltigen Geldanlagen. Bekannte Namen aus der Finanzwelt wie z.B. die Europäische Entwicklungsbank, die französische Crédit Agricole oder die schwedische Skandinaviska Enskilda Banken (SEB) sind inzwischen



in das Geschäft mit Anleihen eingestiegen, die ausschließlich ökologische Projekte finanzieren sollen. SÜDWIND hat seine Position zu diesem Finanzthema entwickelt und diese in der Mitte des Jahres 2016 mit der Veröffentlichung einer Studie vorgestellt.

Aus der langjährigen Arbeit SÜDWINDs mit nachhaltigen Investoren ist bekannt, dass sich der Versuch, Geld konsequent nachhaltig anzulegen, zu einer Suche nach der Stecknadel im Heuhaufen entwickeln kann. Viele Unternehmen, Staaten und Banken sind neben begrüßenswerten Investitionen in Windparks oder in den sozialen Wohnungsbau auch an wenig ökologischen und sozialen Aktivitäten beteiligt. Aus dieser Perspektive sind Green Bonds ein echter Fortschritt, denn mit dem Geld, das in diese Bonds fließt, dürfen nur grüne Projekte finanziert werden.

werden. Ein Rahmenwerk legt fest, welche Projektkategorien für Investitionen in Frage kommen. Häufig liegt zu diesem Rahmenwerk und zu den geplanten Investitionen die Zweitmeinung eines unabhängigen Instituts vor. Während zunächst vor allem multilaterale Förderbanken wie die Weltbank oder die Europäische Entwicklungsbank Green Bonds herausgegeben haben, stammen inzwischen über die Hälfte dieser Wertpapiere von privaten Unternehmen und Banken.

Allerdings müssen Green Bonds auch kritisch hinterfragt werden. So sind die Projektkategorien zumeist so vage formuliert, dass darunter auch problematische Projekte fallen können. Zu der Kategorie „regenerative Energie“ gehören z.B. auch Großwasserkraftwerke, deren Bau mit Menschenrechtsverletzungen, z.B. Vertriebungen der lokalen Bevölkerung einhergehen können. Fraglich ist auch, ob man als nachhaltiger Investor Green Bonds von einem Atomkraftwerksbetreiber kaufen sollte, der verspricht, das Geld nur in Photovoltaik und Windkraft zu investieren. Solche Dilemmata können nur auf der Grundlage größtmöglicher Transparenz gelöst werden. Eine SÜDWIND-Forderung ist deshalb, dass der Emittent über sämtliche Projekte, die er über Green Bonds finanziert, berichtet. Bisher sind nur einige wenige Förderbanken so transparent. Fast noch wichtiger ist die Frage nach der Wirkung von Green Bonds. Steht wirklich mehr Geld für „grüne“ Projekte zur Verfügung, wenn Banken und Unternehmen Green Bonds herausgeben? Die ernüchternde Antwort lautet: Zunächst leider nicht. Banken und Unternehmen tren-

nen lediglich die Refinanzierung ihrer konventionellen Projekte von der ihrer Umweltprojekte. Die Entscheidung, ob sie Umweltprojekte umsetzen oder nicht, hängt nicht von der Auflage eines Green Bonds ab, sondern ist eine strategische bzw. politische Entscheidung, die eng mit der Frage verknüpft ist, ob ökologische Projekte rentabel arbeiten können. Die Antwort auf diese Frage hängt mehr von den politischen Rahmenbedingungen ab und weniger von der Entwicklung eines neuen Finanzinstruments.

Die Studie und das ebenfalls erschienene Fact Sheet wurden von Engagement Global im Auftrag des BMZ und von der Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein Westfalen finanziert und sind Teil des Projekts „Green Economy“. Eine englischsprachige Übersetzung der Studie konnte mit einer Förderung der Bank für Kirche und Diakonie angefertigt werden.

Die Studie wurde im Rahmen einer Veranstaltung im Juni 2016 vorgestellt. Fragen wie die nach der tatsächlichen Wirkung von Green Bonds wurden mit ExpertInnen aus der Finanzwirtschaft, der Wissenschaft, dem Nachhaltigkeitsrating und von Nichtregierungsorganisationen diskutiert.



Vorstellung der  
Green Bonds-Studie  
Ende Juni 2016,  
Foto: SÜDWIND



## ► Green Economy

Eine Transformation der Weltwirtschaft hin zu mehr Nachhaltigkeit wird nur gelingen, wenn ökologische Verbesserungen von sozialen Fortschritten begleitet werden. Dies gilt für die gesamte Wirtschaft, doch sogar noch verstärkt für den Anbau oder die Herstellung von Produkten, die einen ökologischen Umbau der Weltwirtschaft vorantreiben sollen. Das Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) hat daher für ein verändertes Wirtschaftssystem („Green Economy“) einen sozial-ökologischen Transformationsprozess definiert. Green Economy wird demnach als eine Wirtschaftsweise verstanden, die zu erhöhtem menschlichen Wohlbefinden und mehr sozialer Gerechtigkeit führt, während sie gleichzeitig Umweltrisiken und ökologische Knappheit deutlich verringert.

### Die Legende vom grünen Wachstum – Vom Verhältnis zwischen Green Economy und Welthandel



Sowohl die Folgen des Klimawandels als auch das Fehlen eigener verarbeitenden Industrien bedrohen derzeit die Existenz von Millionen Menschen in vielen von der Landwirtschaft und Rohstoffexporten abhängigen Ländern. Um beispielsweise ein weiteres Ansteigen der Erderwärmung zu vermeiden, müssten

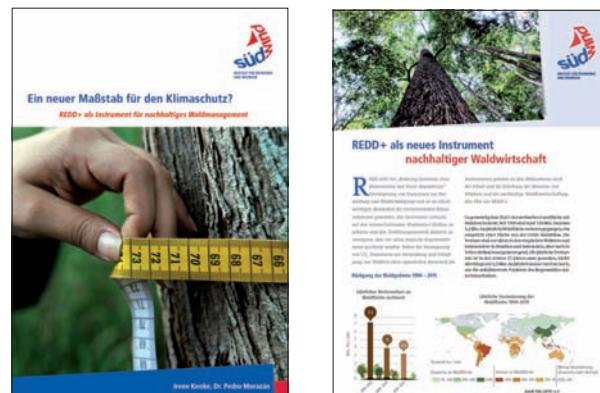
die CO<sub>2</sub>-Emissionen so schnell wie möglich reduziert werden. Das wiederum ist nur möglich, wenn die starke Abhängigkeit von kohlenstoffabhängigen Wirtschaftsaktivitäten (Brown Economy) überwunden wird. Jedoch erlaubt der enorme Zuwachs des Welthandels, der mit einer entsprechenden Belastung von Naturressourcen und einer signifikanten Steigerung von CO<sub>2</sub>-Emissionen einhergeht, derzeit keine Verwirklichung eines nachhaltigen, ökologischen Wirtschaftens.

Ist die grundlegende grüne Transformation der Weltwirtschaft also nur Wunschdenken? Wie können arme Länder vor diesem Hintergrund die Abhängigkeit von Rohstoffexporten zugunsten einer nachhaltigen und umweltfreundlichen Transformation überwinden? Kann eine solche Transformation ohne eine grundsätzliche Reform der bestehenden Handelspolitik auf internationaler Ebene erreicht werden? Welche Aus-

wirkungen haben regionale und megaregionale Handelsabkommen auf die Armutssituation in Entwicklungsländern? Bieten die neuen Ziele zur nachhaltigen Entwicklung (SDG) den richtigen Rahmen, den Welthandel ökologischer und gerechter zu gestalten? Die von Engagement Global im Auftrag des BMZ und der Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen finanzierte Studie befasst sich mit diesen und weiteren Fragen, die das Verhältnis zwischen Handel und nachhaltiger Entwicklung betreffen.



### Ein neuer Maßstab für den Klimaschutz? REDD+ als Instrument für nachhaltiges Waldmanagement



Ein effektiver Waldschutz ist für die Erreichung der weltweiten Klimaziele und die Begrenzung der Erderwärmung auf 1,5°C von großer Bedeutung. Auch wenn die Entwaldungsrate in den letzten Jahren rückläufig war und der Anteil des Wald- und Forstsektors an den weltweiten CO<sub>2</sub>-Emissionen abgenommen hat, ist der Waldverlust vor allem in den Tropen noch immer besorgniserregend. Einer der wichtigsten Treiber ist hier die industrielle Landwirtschaft, die in Teilen auch für den Export nach Deutschland produziert.

REDD+ ist der Versuch einer offiziellen Antwort auf den weiter voranschreitenden Waldverlust. Die Abkürzung steht für „Reducing Emissions from Deforestation and Forest Degradation“ (Verringerung von Emissionen aus Entwaldung und Waldschädigung). Mit Hilfe von REDD+ sollen Entwicklungsländer einen Anreiz dafür

bekommen, durch verbesserten Waldschutz und vermiedene Entwaldung einen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten. Können sie nachweisen, dass sie den Wald erfolgreich geschützt haben, erhalten sie von den Industrienationen Geld für jede Tonne reduziertes CO2. Das soll den finanziellen Anreiz für den Schutz der Wälder und deren finanzielles Gewicht in wirtschaftlichen Entscheidungsprozessen erhöhen.

Doch so einfach die Idee klingen mag, so komplex und umstritten ist die Umsetzung. Vor allem die Frage der Finanzierung wird kontrovers diskutiert. Der Ansatz, REDD+-Maßnahmen über Emissionszertifikate für den internationalen Kohlenstoffmarkt zu finanzieren, stößt auf Kritik. Unterschiedlich wird auch die Frage bewertet, wie die in den Waldgebieten lebenden, oft indigenen Gemeinden einbezogen werden sollen. Trotz Schutzklauseln werden sie oft in ihren Rechten zur Nutzung der Wälder eingeschränkt.

Der Erfolg von REDD+ wird sich letztlich auch daran messen lassen müssen, ob das Instrument in der Lage ist, die größten Treiber der Entwaldung in die Schranken zu weisen.

Die Studie und das zusammenfassende Fact Sheet wurden von Engagement Global im Auftrag des BMZ und von der Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen gefördert.



## Nachhaltigkeit braucht Gerechtigkeit. Die Bedeutung existenzsichernder Löhne und Einkommen für eine Green Economy



In den vergangenen Jahren wurde nicht nur über eine ökologisch orientierte Transformation diskutiert, sondern auch darüber, welche Verantwortung Unternehmen in ihren Wertschöpfungsketten für die Einhaltung von Menschenrechten haben. Ein zentraler Aspekt bei der Umsetzung von grundlegenden Menschenrechten ist die Zahlung existenzsichernder Löhne für Beschäftigte sowie existenzsichernder Einkommen

für selbständige Bäuerinnen und Bauern. Ohne existenzsichernde Löhne und Einkommen werden sich Armut, Hunger und ein fehlender Zugang zu Bildung und Gesundheit nicht dauerhaft reduzieren lassen.

In verschiedenen Branchen wird derzeit versucht, die Höhe existenzsichernder Löhne und Einkommen festzulegen. Diese Bemühungen werden in der Studie erörtert und erste Ergebnisse zusammengefasst. Dabei zeigen sich in einigen Bereichen bereits erhebliche Fortschritte bei der Definition dessen, was „existenzsichernd“ bedeutet und was erforderlich ist, um eine Existenzsicherung zu erreichen. Aber es bleibt viel zu tun. Alle Beteiligten innerhalb der Wertschöpfungskette werden bei der Umsetzung des grundlegenden Menschenrechts auf existenzsichernde Löhne und Einkommen mitarbeiten müssen, denn es wird deutliche Veränderungen in Wertschöpfungsketten geben. Dies wird unter anderem Einfluss auf die Preise vieler Produkte haben.



Studie und Fact Sheet wurden im Rahmen des Projekts „Green Economy“ von Engagement Global im Auftrag des BMZ und von der Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen gefördert und zusätzlich von der Stiftung Apfelbaum bezuschusst.

Zum Projekt gehörten im Jahr 2016 auch die Studien und Fact Sheets zu den Arbeitsbedingungen in der Textilindustrie im indischen Surat, zur Klimafinanzierung und zu den Green Bonds.



Parallel dazu führt SÜDWIND mit dem Arbeitskreis Kirchlicher Investoren (AKI) ein Engagement zu sieben an deutschen Börsen gelisteten Textilfirmen durch. In den Gesprächen wird gezielt das Engagement der Unternehmen zur Umsetzung eines Existenzlohns in ihrer Zulieferkette thematisiert.



ARBEITSKREIS KIRCHLICHE INVESTMENTS  
Welt evangelischen Kirche in Deutschland



## ► Kaka

### Projekt zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Kakaoproduktion und Verbesserung der Einkommenssituation der KakaoproduzentInnen



SÜDWIND hat mit finanzieller Unterstützung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) die Kakaopolitik der acht führenden kakaoproduzierenden Länder untersucht. Dazu wurden Recherchereisen in die Elfenbeinküste, nach Ghana, Kamerun und Nigeria unternommen, um dort vor Ort verschiedene Interessensgruppen (Stakeholder) zu interviewen. Darüber hinaus wurden Interviews per Telefon oder Fragebogen mit Stakeholdern in Brasilien, Ecuador, Peru und Indonesien sowie in mehreren europäischen Ländern durchgeführt. Erste Thesen wurden im Frühjahr anlässlich einer Tagung in Accra (Ghana) diskutiert und mit weiteren Ergebnissen einer Tagung im Oktober in Abidjan (Elfenbeinküste) in die Endfassung der Studie integriert.

Insgesamt zeigt sich, dass die Kakaosektoren der einzelnen untersuchten Länder sehr unterschiedlich organisiert sind. In den beiden größten Produzentenländern, der Elfenbeinküste und Ghana, ist der Kakaomarkt staatlich stark reglementiert und der Sektor hat eine große Bedeutung für die Wirtschaft und die Exporteinnahmen dieser beiden Länder.

Die Politiken der Regierungen mögen an vielen Stellen unterschiedlich sein, zugleich gibt es jedoch auch Gemeinsamkeiten: In allen Kakao anbauenden Ländern könnte die Unterstützung der Bäuerinnen und Bauern deutlich besser organisiert werden, als dies derzeit der Fall ist. Raum für Verbesserungen gibt es dabei nicht nur bei den Regierungspolitiken. Die Ergebnisse der Interviews belegen, dass die in den Ländern aktiven Unternehmen sowie die Entwicklungszusammenarbeit, standardsetzende Organisationen und Nichtregie-

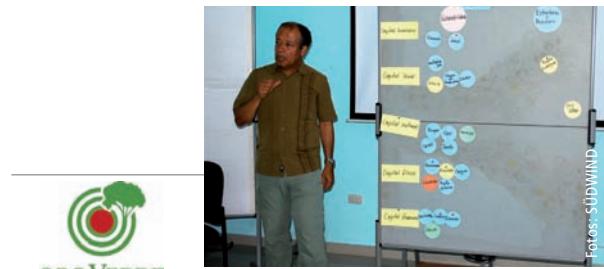
rungsorganisationen ihre Arbeit in der Regel unzureichend miteinander abstimmen.

Aufbauend auf den Ergebnissen der Untersuchungen in den jeweiligen länderspezifischen Kontexten werden in der Studie Vorschläge für eine nachhaltigere Kakaoproduktion hergeleitet.



### Fortbildung zu Vermarktungs- und Zertifizierungsmöglichkeiten für Kaffee und Kakao in Guatemala und der Dominikanischen Republik

Für die Tropenwaldstiftung OroVerde hat SÜDWIND im Oktober eine Fortbildung im Rahmen des Projektes „Erhalt der Ökosystemleistungen der Tropenwälder und Verbesserung der Lebensbedingungen“ in der Dominikanischen Republik durchgeführt. Neben einer jeweils dreitägigen Fortbildung der Partnerorganisationen von OroVerde in der Dominikanischen Republik und in Guatemala (2017) reicht SÜDWIND einen Abschlussbericht ein, der die Bestandsaufnahme zusammenfasst und der Zielgruppe Empfehlungen für Vermarktungsmöglichkeiten von Kaffee und Kakao bereitstellt.



Fotos: SÜDWIND

## Ein Fonds für den Kakaosektor?



Seit langem wird darüber diskutiert, wie notwendige Maßnahmen zur Verbesserung der Situation von Bäuerinnen und Bauern im Kakaosektor finanziert werden können. Wer bezahlt für Fortbildungsprogramme der FarmerInnen? Wer unterstützt diese bei notwendigen Investitionen zur Verbesserung der

Produktivität von Plantagen? Wie kann ihr Zugang zu Schulungen verbessert werden? Angesichts des harten Konkurrenzkampfes im Schokoladensektor konnten bisher nicht genügend Mittel generiert werden, um die vielen notwendigen Veränderungen im Kakaosektor zu finanzieren. Daher wurde eine seit mehreren Jahren immer wieder diskutierte Idee aufgegriffen: Könnte über irgendeine Form einer Abgabe im Kakaosektor ein Fonds geschaffen werden? Und könnten aus diesem Fonds die zur Unterstützung der Bäuerinnen und Bauern notwendigen Maßnahmen finanziert werden?

Im Auftrag der Internationalen Kakaorganisation (ICCO) und mitfinanziert durch das Forum Nachhaltiger Kakao haben SÜDWIND und eine externe Beraterin untersucht, wie ein solcher Fonds aufgebaut und verwaltet werden könnte. Die Ergebnisse dieser Studie wurden der Kakaobranche anlässlich der Weltkakao-

tagung Ende Mai in der Dominikanischen Republik vorgestellt.



**Forum Nachhaltiger Kakao**  
German Initiative on Sustainable Cocoa

## Forum Nachhaltiger Kakao

Seit 2012 arbeitet SÜDWIND im Forum Nachhaltiger Kakao, einer Multistakeholder-Initiative, mit. In diesem Forum sind nicht nur Unternehmen aus der gesamten Wertschöpfungskette, sondern auch das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) und das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) Mitglied. Darüber hinaus sind auch Gewerkschaften und Nichtregierungsorganisationen vertreten. Seit dem Frühjahr 2014 ist das Forum als Verein mit derzeit 70 Mitgliedern organisiert und SÜDWIND stellt mit Friedel Hütz-Adams einen stellvertretenden Vorsitzenden. Das Hauptanliegen ist, die Diskussion darüber voranzutreiben, was konkret getan werden muss, um die Situation der FarmerInnen zu verbessern. Dabei bringt SÜDWIND die Erkenntnisse aus den eigenen Recherchen in die Arbeit des Forums Nachhaltiger Kakao ein.



## ► Migration und Entwicklung

Bereits seit 2011 hat SÜDWIND zum Thema „Arbeitsmigration“ gearbeitet. Im Vordergrund standen dabei die Arbeits- und Lebensbedingungen von Frauen, die sowohl innerhalb ihres Herkunftslandes als auch grenzüberschreitend migrieren.

Seit 2015 weitet SÜDWIND seine Arbeit zum Thema „Migration und Entwicklung“ aus. Untersucht werden mit unterschiedlichen regionalen Schwerpunkten Migrationsgründe und -wege, Grenzregime sowie die Lebens- und Arbeitswelten von MigrantInnen. Dazu gehören beispielsweise die Wirkungen von Rücküberweisungen, die (fehlende) Sicherheit von Migrationswegen, die Rechte von MigrantInnen aber auch

Ursachen von Flucht und Migration wie zum Beispiel wirtschaftliche Zusammenhänge oder Klimawandel. Migration soll nicht als „ein zu lösendes Problem“ dargestellt werden, sondern als ein Bestandteil gesellschaftlicher Veränderung und politischer sowie ökonomischer Globalisierung. SÜDWIND plädiert dafür, nicht nur humane Konzepte für Kriegsflüchtlinge zu entwickeln, sondern auch für MigrantInnen, die aus anderen Gründen nach Lebensperspektiven außerhalb ihrer Herkunftsänder suchen. MigrantInnen dürfen nicht nur als Bedürftige und Zu-Versorgende gesehen werden, sondern als politische und gesellschaftliche AkteurInnen und InhaberInnen von Rechten.

Im Zuge des von der Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen geförderten Projektes sind bisher vier Fact Sheets, zahlreiche Blog-Beiträge für den SÜDWIND-Blog <http://suedwind-institut.blogspot.de> sowie zwei Studien entstanden. Derzeit laufen die Recherchen und Vorbereitungen für zwei weitere Studien, vier Fact Sheets und eine Tagung, die am 19. Juni 2017 in Bonn stattfinden wird.



## Migration und Flucht in Zeiten der Globalisierung. Die Zusammenhänge zwischen Migration, globaler Ungleichheit und Entwicklung



Zugenommen. Die MigrantInnen und Flüchtlinge, die auf der Suche nach Schutz und einem besseren Le-

Mehr als 60 Mio. Menschen befinden sich derzeit weltweit auf der Flucht. Die Zahl der MigrantInnen wird auf ca. 240 Mio. Menschen weltweit geschätzt. Die meisten von ihnen bewegen sich in und zwischen den armen Ländern des globalen Südens. Aber auch die Süd-Nord-Migration hat in den letzten Jahren

ben in den globalen Norden kommen, tun dies nicht leichtfertig. Der Entscheidungen gehen meist Erfahrungen von Gewalt, Entbehrung und Armut voraus. Aber woher konkret röhren die Gründe für den Aufbruch? Was ist der Zusammenhang zwischen Migration und Globalisierung? Kann Migration eingedämmt werden? Hat Migration negative Auswirkungen auf die Herkunftsländer? Hat Migration positive Auswirkungen für die Zielländer?

Die von der Stiftung Umwelt und Entwicklung geförderte Studie befasst sich mit den Themen Flucht, Migration und Entwicklungszusammenarbeit. Sie beleuchtet sowohl an einigen Beispielen die Ausgangssituationen in den Herkunftsländern der MigrantInnen und Flüchtlinge als auch die Mechanismen und politischen Rahmenbedingungen, die zu Flucht und Migration führen.



## Grenzen überwinden. MigrantInnen auf dem Weg nach Europa.



Das Jahr 2015 ist uns allen als ein Jahr der Migration und weltweiten Flucht in Erinnerung. Es war der Eindruck entstanden, dass alle MigrantInnen und Geflohenen weltweit nach Deutschland wollten. Plötzlich schien die ganze Welt in Bewegung gekommen zu sein. Doch die SÜDWIND-Studie zeigt, dass dieser Ein-

druck täuscht. Weder migriert die ganze Welt, noch wollen alle Menschen, die migrieren, nach Europa oder Deutschland. Gemessen an der Gesamtzahl der Weltbevölkerung liegt der Anteil der MigrantInnen über lange Zeiträume gesehen relativ stabil bei etwas über drei Prozent.

Dabei ist es wichtig zu wissen, aus welchen Regionen und Motiven, auf welchen Wegen, mit welchen Zielen und Perspektiven Menschen migrieren – und ob sich dabei Veränderungen und Trends über die Jahre abzeichnen. Die SÜDWIND-Studie lenkt den Blick in das östliche Afrika: In dieser Region liegen Herkunfts-, Transit- und Zielstaaten von Migration und Flucht.

Manche Staaten sind Herkunft und Ziel zugleich. Aus dieser Region, insbesondere aus Eritrea, machen sich in den letzten Jahren zunehmend Menschen auf den Weg nach Europa.

Die von der Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen geförderte Studie schließt mit Empfehlungen für eine Migrationspolitik ab, die auf Menschenrechten beruht. Sie ist gleichzeitig als eine Absage an eine Politik zu verstehen, die auf Grenzschutz und Migrationsverhinderung setzt. Eine solche Politik suggeriert, die europäischen Gesellschaften könnten vor den globalen politischen und ökonomischen Entwicklungen, die Migration auslösen, durch Grenzschutz „geschützt“ werden. Sie verkennt dabei die Tatsache, dass das westliche Lebens- und Wirtschaftsmodell von der Arbeitskraft, den Rohstoffen und auch den Märkten der Herkunftsänder abhängt. SÜDWIND fordert, endlich Barrieren und Grenzen im Denken zu überwinden und freiwillige Migration als Möglichkeit der Lebensgestaltung zu akzeptieren.

Dabei hinaus muss erzwungene Migration schließlich durch die Stärkung der Rechte von MigrantInnen erträglich gestaltet werden.



## Recherche zu Rücküberweisungen

Für die Welthungerhilfe hat SÜDWIND untersucht, welche entwicklungspolitischen Anknüpfungspunkte das Thema Rücküberweisungen von MigrantInnen beinhaltet. Die Recherche konzentrierte sich auf die Länderbeispiele Afghanistan und Äthiopien.



## ► Mobiltelefone

### Die Wertschöpfungskette von Mobiltelefonen (aktualisierte Neuauflage)



In einem Handy stecken bis zu 60 Stoffe, darunter 30-40 Metalle. Den größten Wertanteil eines Handys machen vor allem die Stoffe aus, die auf den ersten Blick unsichtbar bleiben: Das Gold, Silber und Platin in den Leiterbahnen, Kobalt in den Akkus, Tantal in den Kondensatoren. Indium und Gallium – zwei der seltensten Stoffe auf der Welt – sind aktuell aus Touchscreens und ähnlichen Bestandteilen von Elektronik nicht wegzudenken.

Viele dieser Stoffe sind knapp. Und viele dieser Metalle werden unter extremen Umweltschäden oder unmenschlichen Arbeits- und Lebensbedingungen gefördert und zu Bauteilen und Geräten verarbeitet. Zerstörte Landschaften, Zwangsarbeit, Kinderarbeit, durch Rohstoffabbau finanzierte Konflikte, ungesicherte Bergbaustollen mit hohen Unfallraten, Arbeits-

zeiten von teilweise über 60 Stunden in der Woche – all das steckt auch in unseren Handys.

In dem aktualisierten Fact Sheet nimmt SÜDWIND die Wertschöpfungskette von Mobiltelefonen unter die Lupe, die vom Abbau der Erze in Minen über die Verarbeitung der Metalle zu einzelnen Komponenten bis hin zur Fertigung der Endgeräte, deren Verkauf und deren Entsorgung reicht. Dabei zeigt sich, dass es in der Produktionskette von Mobiltelefonen große Missstände gibt, die dringend behoben werden müssen.

### Start der Handy-Aktion NRW – Hinterfragen, wissen, sammeln!

Eine Initiative von Kirchen, Nichtregierungsorganisationen und Engagierten aus der Eine-Welt-Arbeit aus Nordrhein-Westfalen ruft in der „Handy-Aktion NRW“ zum Sammeln alter Handys für ein fachgerechtes Recycling auf. In diesem Zusammenhang informieren neue SÜDWIND-Fact Sheets zum Zinnabbau in Indonesien, zum Lithium-Abbau in Argentinien und zum Kupfer-Abbau in Sambia beispielhaft über die problematischen Seiten des Handy-Konsums und insbesondere über die Folgen des Rohstoffabbaus.



Anregungen für Aktivitäten, Materialien für die Bildungsarbeit sowie Informationen rund um den Rohstoffabbau, die Produktion und Entsorgung von Mobiltelefonen sind auf der Website [www.handyaktion-nrw.de](http://www.handyaktion-nrw.de) zu finden.

Die Handy-Aktion NRW  
ist ein Projekt des Amtes

Mobiltelefone enthalten wertvolle Rohstoffe, deren Gewinnung häufig mit Menschenrechtsverletzungen und Umweltverschmutzung verbunden ist. Der Zinnabbau auf den indonesischen Inseln Bangka und Belitung etwa zerstört wertvolle Korallenriffe und gefährdet so die Existenz zahlreicher Fischer. Beim Lithiumabbau in Argentinien werden die Rechte indigenar Gemeinschaften gefährdet und in Sambias Kupferringt erkranken und sterben Menschen durch die Abgase der Kupferverhüttung.

Umso wichtiger ist es, das eigene Konsumverhalten zu hinterfragen und ausgediente Handys fachgerecht zu recyceln. Mit dem Recycling werden Rohstoffe zurückgewonnen und der illegale Export von Elektroschrott, z.B. nach Ghana, einem Partnerland Nordrhein-Westfalens, wird vermieden.

## ► Nachhaltige Geldanlagen

## Wie fair ist meine Bank? Faktencheck 2.0 – Der Fair Finance Guide Deutschland weitet Analyse deutscher Geldhäuser aus



SÜDWIND hat im Jahr 2016 zum zweiten Mal an den Untersuchungen des deutschen Fair Finance Guide zu deutschen Bankenrichtlinien zu ökologischen und sozial-sellschaftlichen Themen sowie zu Aspekten der guten Unternehmensführung teilgenommen. Auf der Grundlage eines

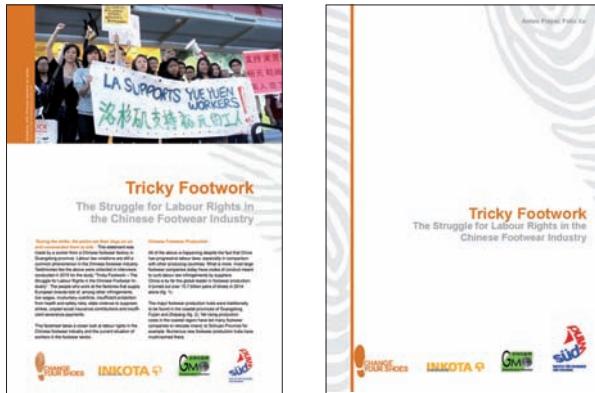
umfassenden Kriterienkatalogs, der von Nichtregierungsorganisationen in neun Staaten angewendet wird, hat das aus MitarbeiterInnen von vier Organisationen (Facing Finance, Germanwatch, Rank a Brand, SÜDWIND) bestehende Team in Deutschland die Deutsche Bank, die genossenschaftliche DZ Bank, die Commerzbank, die LBBW sowie die kirchliche KDBank und die alternativen Banken Triodos und GLS untersucht.



## ► Schuh- und Lederproduktion

In der Kampagne „Change Your Shoes“ setzt sich SÜDWIND gemeinsam mit 17 weiteren Arbeits- und Menschenrechtsorganisationen für eine nachhaltige und ethische Schuhlieferkette ein. Die Kampagne sensibilisiert die KonsumentInnen für einen nachhaltigen Lebensstil, leistet Lobbyarbeit bei PolitikerInnen und Labelorganisationen und drängt Unternehmen, ihre Sorgfaltspflichten wahrzunehmen. Ziel der Kampagne ist es, die sozialen und ökologischen Bedingungen in der Schuh- und Lederindustrie zu verbessern. Das Projekt wird von der Europäischen Union finanziell unterstützt. SÜDWIND koordiniert innerhalb der Kampagne die Recherchen und ist insbesondere verantwortlich für die Zusammenarbeit mit den Partnerorganisationen aus China, Indien und Indonesien.

### So wird ein Schuh draus – Arbeitsbedingungen in der chinesischen Schuhproduktion



Auf der Grundlage einer Befragung von Beschäftigten aus drei Schuhfabriken in der chinesischen Küstenprovinz Guangdong, die vom SÜDWIND-Partner Globalization Monitor Ende 2015 durchgeführt wurde, zeichnet die Studie ein alarmierendes Bild der Arbeitswelt in der Schuhproduktion und dokumentiert, wie es um Arbeitsrechte in der chinesischen Schuhindustrie derzeit bestellt ist.

Die befragten Beschäftigten der Zulieferfabriken europäischer Marken wie z.B. Adidas, Clarks und Ecco berichten von zu niedrigen Löhnen, erzwungenen Überstunden, mangelndem Schutz vor Gesundheits- und Sicherheitsrisiken, dem Einsatz von staatlicher Gewalt, um Streiks zu unterdrücken, nicht gezahlten Sozialversicherungsbeiträgen und zu geringen Abfindungszahlungen bei Entlassungen. Arbeitsrechtsverletzungen in der chinesischen Leder- und Schuhindustrie sind demnach noch immer ein häufiges Phänomen. Dabei verfügt China, gerade im Vergleich zu anderen wichtigen Produktionsländern, über eine fortschrittliche Arbeitsgesetzgebung, die ArbeiterInnen auf dem Papier viel Schutz gewährt, auch wenn grundlegende Rechte wie Versammlungs- und Gewerkschaftsfreiheit nach wie vor kaum Berücksichtigung finden. Zudem haben heutzutage die meisten großen Schuhunternehmen Verhaltenskodizes, die eigentlich dazu beitragen sollen, Arbeitsrechtsverletzungen in Zulieferbetrieben einzudämmen.

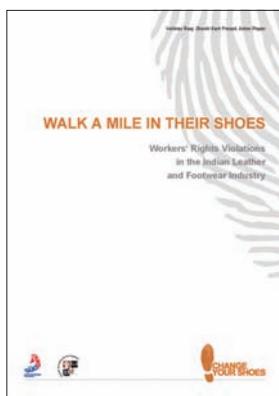
In der Vergangenheit wurden die enormen Wachstumszahlen der Branche unter Missachtung international anerkannter Standards wie z.B. den ILO-Kernarbeitsnormen erreicht. China hat viele der ILO-Übereinkommen nicht ratifiziert.



### Auf der Stelle (ge)treten. Arbeitsrechtsverletzungen in der indischen Leder- und Schuhindustrie

Löhne weit unter dem Existenzniveau, gravierende Mängel bei Gesundheitsschutz und Sicherheit, unfreiwillige Überstunden, Verbot von Gewerkschaften sowie Diskriminierung und Ausbeutung aufgrund traditioneller Geschlechter- und Kastennormen - die Arbeitsbedingungen in der indischen Schuh- und Lederproduktion geben Anlass zur Sorge.

Grundlage der Studie und des Fact Sheets sind Befragungen von Beschäftigten aus mehreren Schuh- und Lederfabriken in Ambur in Südinien und Agra in Nordindien, die für europäische Marken, wie z. B. Bata, Deichmann und Rieker, produzieren. Change Your Shoes-Partner Society for Labour and Development führte die Befragungen Ende 2015 durch.



Die ArbeiterInnen in Indiens Schuh- und Lederindustrie leiden unter den internationalen Marktschwankungen sowie den Auswirkungen einer zunehmenden Liberalisierung. Letztere geht einher mit einer schrittweisen Aufweichung der Rechte von ArbeiterInnen, einem Rückgang von Gewerkschaftsaktivitäten und fehlenden Beschäftigungsalternativen.

Die Studie versteht sich als Aufruf an internationale Markenunternehmen, die ihre Waren von indischen Zulieferern produzieren lassen, endlich ihrer Verantwortung gerecht zu werden. Sie müssen dringend Maßnahmen ergreifen, die sicherstellen, dass sie ihre Profite nicht weiterhin auf Kosten der Menschen erzielen, die am unteren Ende der Wertschöpfungskette stehen.



Weiterhin wurden unter der Mitarbeit von SÜDWIND im Projekt Change Your Shoes eine Beilage in der Tageszeitung „taz“ und in der Wochenzeitung „der Freitag“ sowie zahlreiche weitere Studien und Fact Sheets in deutscher und englischer Sprache veröffentlicht.



## ► Zertifizierungen und Sozialverpflichtung

### Siegelklarheit.de – Produktgruppen Leder und Natursteine



Die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) hat im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) eine Vergleichs- und Bewertungsmethodik für Nachhaltigkeitsstandards entwickelt, um mehr Transparenz zu schaffen. Begleitet wird das Vorhaben von einem Steuerungskreis, bestehend aus dem BMZ und einigen weiteren Ministerien.

Bei der Bewertung von Siegeln und Labeln wird sowohl deren Zielsetzung (ökologische und soziale Aspekte) als auch deren innerer Aufbau (z.B. Standardsetzungsprozess, Kontrollsysteme und Steuerungsstrukturen) untersucht. Bei der Entwicklung des inhaltlichen Bewertungsrasters wird zwischen verschiedenen Produktgruppen unterschieden. SÜDWIND hat für die Produktgruppen Leder und Natursteine an der Erstellung des Kriterienkatalogs mitgearbeitet. Diese werden auf der Website [www.siegelklarheit.de](http://www.siegelklarheit.de) veröffentlicht.



## Bündnis für nachhaltige Textilien

SÜDWIND arbeitet seit Mai 2014 im Bündnis für nachhaltige Textilien mit. Die Multistakeholder-Initiative hat inzwischen 188 Mitglieder aus Unternehmen, Handel, Nichtregierungsorganisationen, Gewerkschaften und der Bundesregierung. Nachdem im Sommer 2015 zahlreiche Unternehmen und Wirtschaftsverbände dem Bündnis beitreten, ein Steuerungskreis gewählt und ein Bündnissekretariat eingesetzt wurde, war das Jahr 2016 geprägt von der Arbeit der verschiedenen inhaltlichen und prozessorientierten Arbeitsgruppen des Textilbündnisses. Diese haben intensiv daran gearbeitet, die Bündnisziele zu konkretisieren, Schritte zur Messbarkeit der Wirkung des Textilbündnisses zu planen und einen transparenten Rahmen für die individuellen Maßnahmen der Bündnismitglieder zu schaffen. Am Jahresende 2016 hat der sogenannte Onboarding-Prozess begonnen. Jedes Mitglied muss in einem Online-Tool sozial und ökologisch relevante Informationen zu seiner Geschäftspolitik offenlegen und zu einer vorgegebenen Anzahl von Themen Ziele für das Jahr 2017 formulieren. Letzteres ist die sogenannte Roadmap. Die Veröffentlichung dieser Roadmap ist im Jahr 2017 noch freiwillig, ab 2018 ist sie verpflichtend. SÜDWIND hat auch eine eigene Roadmap für das Jahr 2017 erstellt, die zusammen mit den anderen zur Veröffentlichung freigegebenen Roadmaps von Bündnismitgliedern online zugänglich sein wird.



SÜDWIND hat in der AG Sozialstandards und Living Wages sowie in der AG Naturfasern mitgearbeitet. In diesen AGs haben wir einen Schwerpunkt auf Vereinigungsfreiheit und existenzsichernde Löhne sowie auf die Steigerung von kontrolliert ökologisch angebauten Naturfasern in der Beschaffung der Bündnismitglieder gelegt.

Leider waren die Diskussionen zeitintensiver als gedacht. Gegenüber unseren Einschätzungen vom Jahresanfang 2016 ist der Prozess um drei bis vier Monate verzögert. Vermutlich werden die Bündnismitglieder erst ab März oder April 2017 mit veränderten Wei-

chenstellungen in ihrer Beschaffungskette beginnen. Im Jahr 2016 haben die im Textilbündnis vertretenen zivilgesellschaftlichen Organisationen einen hauptamtlichen Koordinator eingestellt. Er ist bei der Nichtregierungsorganisation Femnet angesiedelt. In enger Abstimmung mit den anderen zivilgesellschaftlichen Mitgliedern des Textilbündnisses und dem gemeinsamen Koordinator wird sich SÜDWIND auch 2017 in die Debatten des Textilbündnisses einbringen.



## REWE Group: PRO PLANET-Beirat

SÜDWIND ist weiterhin im PRO PLANET-Beirat vertreten: Mit dem PRO PLANET-Label kennzeichnet die REWE Group einen Teil der Produkte ihrer Eigenmarken. Um das Label zu verwenden, muss der fünfköpfige Beirat darüber befinden, ob es bei der Herstellung der Produkte deutliche ökologische und soziale Verbesserungen gegeben hat. Angesiedelt ist der Vergabe-Prozess für das Label beim Collaborating Centre on Sustainable Consumption and Production (CSCP), einer gemeinschaftlichen Gründung des Wuppertal-Instituts und von UNEP, der Umweltbehörde der Vereinten Nationen.



## Aktionsbündnis für nachhaltige Bananen

SÜDWIND ist seit März 2016 Mitglied des deutschen „Aktionsbündnisses für nachhaltige Bananen“. Das ABNB ist ein Multistakeholder-Bündnis, in dem Akteure des Handels und Importeure, Exporteure und Produzenten, Verbraucher- und Nichtregierungsorganisationen sowie Gewerkschaften und Politik zusammenarbeiten, die für den deutschen Markt relevant sind. Das Ziel ist es, Verbesserung der sozialen und ökologischen Produktionsbedingungen für die ProduzentInnen in den Anbauländern zu erreichen.



# 25 Jahre SÜDWIND

In den 25 Jahren seines Bestehens hat das SÜDWIND-Institut an vielen Stellen zu den Lieferketten und Produktionswegen einzelner Unternehmen oder Produkte recherchiert, die Ergebnisse der Forschung veröffentlicht und die Verantwortlichen aufgefordert, ihre menschenrechtliche Sorgfaltspflicht einzuhalten. Die entscheidende Frage, ob die gesetzliche Verankerung oder die verbindlich gestaltete Freiwilligkeit der richtige Weg zu menschenrechtlicher Sorgfaltspflicht sind, war der Ausgangspunkt der gut besuchten Konferenz „Verordnete Freiwilligkeit“ – Unternehmensverantwortung im Wandel der Zeit“. Damit und mit dem anschließenden gemeinsam mit der Stadt Bonn ausgerichteten Festempfang beging SÜDWIND sein Jubiläum am 16. September in den schönen Räumen des Alten Rathaus in Bonn.

Die Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen förderte die Veranstaltung. Eberhard Neugebohrn, der ehemalige Geschäftsführer der Stiftung betonte in seinem Grußwort, dass SÜDWIND in den letzten Jahren außerordentlich große Verdienste zu kommen „die ökonomische Seite der Nachhaltigkeit ernst zu nehmen und in den Nachhaltigkeitsdiskursen der Zivilgesellschaft zur Geltung zu bringen.“ Seiner Meinung nach sei SÜDWIND nicht nur ein kluger politischer Akteur, sondern auch eine Erfolgsgeschichte an sich.

Im anschließenden von der Journalistin Anke Bruns moderierten Gespräch mit den SÜDWIND-Mitarbeiterinnen Antje Schneeweiß und Dr. Sabine Ferenschild fand die Aussage von Antje Schneeweiß Zuspruch, dass vor dem Start eines Dialogs mit Unternehmen oft zunächst eine Skandalisierung wichtig sei, um eine Reaktion der Management- und Führungsebene tatsächlich auslösen zu können.

Das Publikum, welches im Anschluss aktiv in die Diskussion um das Bündnis für nachhaltige Textilien eingebunden wurde, gab SÜDWIND ein deutliches Signal, die Arbeit in diesem Bereich trotz der langwierigen und zeitintensiven Abstimmungsprozesse fortzusetzen.

Prof. Dr. Markus Krajewski von der Universität Erlangen-Nürnberg, Mit-Autor eines Rechtsgutachtens zu menschenrechtlich verpflichtenden Auflagen in Ge-



setzen, bemängelte in seinem dann folgenden Vortrag den fehlenden politischen Willen für gesetzliche Regelungen.

In der anschließenden Podiumsdiskussion „Gesetzliche Verankerung oder verbindlich gestaltete Freiwilligkeit?“ mit Friedel Hütz-Adams von SÜDWIND und Prof. Dr. Markus Krajewski kamen auch Paul Noll, Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) und Frank Schwabe, Menschenrechtlicher Sprecher der SPD Bundestagsfraktion zu Wort. Sie diskutierten Freiwilligkeit und gesetzliche Verankerungen auch im Kontext des zu diesem Zeitpunkt noch in der Erarbeitung befindlichen Nationalen Aktionsplans für Wirtschaft und Menschenrechte der Bundesregierung. (s. dazu auch S. 8-9) Das Plädoyer von Frank Schwabe für gesetzliche Regelungen endet mit einem Aufruf an die Zivilgesellschaft: „Seien Sie laut, seien Sie frech! Der Nationale Aktionsplan für Wirtschaft und Menschenrechte ist noch nicht veröffentlicht.“

Zum Abschluss der Podiumsdiskussion fasste Friedel Hütz-Adams dann zusammen: „Wir werden als Zivilgesellschaft nicht stillhalten und weiterhin Druck ausüben. Ich hoffe, dass wir in 20 Jahren in menschenrechtlichen Fragen an einem Punkt angekommen sind, wo wir uns fragen, wie wir jemals anders denken konnten.“

Der anschließende Festempfang für die ca. 110 anwesenden Gäste wurde von der Bonner Bürgermeisterin Angelica-Maria Kappel eröffnet, die SÜDWIND für 25 Jahre Arbeit dankte.

# Vernetzungen

Die bei SÜDWIND Engagierten glauben fest daran, dass eine andere, eine gerechtere Welt möglich ist. Aber sie wissen auch, dass man nur gemeinsam stark genug ist, diese andere Welt Wirklichkeit werden zu lassen. Die Verbindung und Zusammenarbeit mit anderen AkteurInnen auf lokaler, europäischer und globaler Ebene ist der Schlüssel zum Erfolg bei der Arbeit für mehr Gerechtigkeit.

## Beispiel Venro

VENRO ist der Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe, dem auch SÜDWIND angehört. Seit längerem ist SÜDWIND Mitglied in der AG Klima, die entwicklungspolitische Aspekte des Klimawandels verstärkt in die Diskussion einbringen will. Ziel ist es, Positionen der Bundesregierung in den UN-Klimaverhandlungen und den relevanten Klimafonds zu bewerten und Alternativen aufzuzeigen. Die Arbeitsgruppe arbeitet mit externen Akteuren wie der Klima-Allianz Deutschland zusammen.

Seit Dezember 2015 ist SÜDWIND auch Mitglied der AG Agenda 2030. Sie will den Prozess der Umsetzung der Agenda 2030 in und durch Deutschland begleiten und die zivilgesellschaftliche Beteiligung daran sichern.

Ende 2016 hat der VENRO-Vorstand eine Projektgruppe zum Thema „Migration und Entwicklung“ eingesetzt, der auch SÜDWIND angehört. Die Gruppe berät den Vorstand bei aktuellen Fragestellungen zum Thema und erarbeitet Positionen und Konzepte zu einer entwicklungsförderlichen Gestaltung von Migrationspolitik.

CONCORD ist der Zusammenschluss zivilgesellschaftlicher Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit auf europäischer Ebene, die Lobbyarbeit in Brüssel gegenüber europäischen Institutionen der Entwicklungspolitik betreibt (Europäische Kommission, Europäisches Parlament, Ständige Vertretungen). SÜDWIND-Mitarbeiter Dr. Pedro Morazán ist Delegierter von VENRO bei CONCORD und engagiert sich in den Arbeitsfeldern Nachhaltige Entwicklung, politische Kohärenz und Entwicklungsfinanzierung.



## Beispiel CorA-Netzwerk für Unternehmensverantwortung

SÜDWIND ist Mitglied im CorA-Netzwerk, das die Einhaltung von Menschenrechten und international vereinbarten sozialen und ökologischen Normen von Unternehmen in ihrem weltweiten Handeln und ihren gesamten Lieferketten zum Ziel hat. Um dieses Ziel zu erreichen, will das Netzwerk die gesellschaftliche Debatte über das wirtschaftliche und politische Handeln transnationaler Unternehmen verstärken und sich für Corporate Accountability einsetzen. Darunter werden verbindliche Instrumente verstanden, mit denen Unternehmen verpflichtet werden, in ihrem Wirkungsbereich aktiv zur Einhaltung der Menschenrechte beizutragen und transparent über ihre Geschäftstätigkeit zu informieren.



Im Prozess der Aushandlung eines Nationalen Aktionsplans für Wirtschaft und Menschenrechte durch die Bundesregierung hat sich SÜDWIND im vergangenen Jahr zusammen mit anderen Organisationen des CorA-Netzwerks für ein Gesetz eingesetzt, das Unternehmen in Deutschland zur menschenrechtlichen Sorgfalt verpflichtet. Unter dem Motto „Menschenrechte vor Profit“ unterstützen über 30.000 Menschen in einer Online-Petition diese Forderung.



## Beispiel Klima-Allianz Deutschland

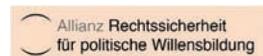
SÜDWIND ist Mitglied in der Klima-Allianz Deutschland, einem breiten gesellschaftlichen Bündnis getragen von mehr als 100 Organisationen aus den Bereichen Umwelt, Entwicklung, Kirche, Jugend, Verbraucher und Gewerkschaften. Das Bündnis setzt sich für eine ambitionierte Klimapolitik auf lokaler, nationaler, europäischer und internationaler Ebene und eine erfolgreiche Energiewende ein. Sie bildet damit ein Gegengewicht zu den Interessen vieler Akteure

aus Politik und Wirtschaft und will dazu beitragen, Blockaden in der Klimapolitik zu überwinden.

Im Rahmen der Mitgliedschaft in der Klima-Allianz hat SÜDWIND den „Klimaschutzplan 2050 der deutschen Zivilgesellschaft“ mit unterzeichnet.



## SÜDWIND ist Mitglied von folgenden Verbänden, Netzwerken und Aktionsbündnissen



# Team



**Martina Schaub**  
schaub@suedwind-institut.de  
Tel.: +49 (0)228-76 36 98 11



**Claudia Schulze**  
schulze@suedwind-institut.de  
Tel.: +49 (0)228-76 36 98 10



**Vera Schumacher**  
schumacher@suedwind-institut.de  
Tel.: +49 (0)228-763 698 14



**Dr. Sabine Ferenschild**  
ferenschild@suedwind-institut.de  
Tel.: +49 (0)228-76 36 98 16



**Friedel Hütz-Adams**  
huetz-adams@suedwind-institut.de  
Tel.: +49 (0)228-76 36 98 15



**Irene Knoke**  
knoke@suedwind-institut.de  
Tel.: +49 (0)228-76 36 98 13



**Dr. Pedro Morazán**  
morazan@suedwind-institut.de  
Tel.: +49 (0)228-76 36 98 12



**Antje Schneeweiß**  
schnneeweiss@suedwind-institut.de  
Tel.: +49 (0)228-76 36 98 17



**Anton Pieper**  
pieper@suedwind-institut.de  
Tel.: +49 (0)228-76 36 98 18



**Eva-Maria Reinwald**  
reinwald@suedwind-institut.de  
Tel.: +49 (0)228-763 698 21

# Vorstand



**Jiska Gojowczyk**  
Vorstands-Vorsitzende  
(sowie stellv. Vorstandsvorsitzende Stiftung SÜDWIND)



**Katja Breyer**  
Stellv. Vorstands-Vorsitzende  
(sowie Mitglied des Vorstands der Stiftung SÜDWIND)



**Erich Schult**  
Schatzmeister  
(sowie Vorstandsvorsitzender der Stiftung SÜDWIND)



**Schwester Ingrid Geissler**  
Vorstandsmitglied



**Dr. Hildegard Hagemann**  
Vorstandsmitglied



**Stephan Schmidlein**  
Vorstandsmitglied



**Hans-Joachim Schwabe**  
Vorstandsmitglied

# Bericht des Vorstands

## ► Rechenschaftsbericht

Das Jahr 2016 war politisch Besorgnis erregend. Die Schließung der Balkanroute durch das Abkommen der EU mit der Türkei führte zu einem Anstieg der Todesfälle im Mittelmeer. Das „Ja“ für den Brexit im Juni 2016 ließ die anderen europäischen Staaten ratlos zurück. Mit der Wahl des 45. Präsidenten haben die BürgerInnen der Vereinigten Staaten gezeigt, dass neben Politikverdrossenheit auch eine nationalistische Abschottungspolitik breit unterstützt wird. In der Wirtschaft festigt sich die Macht weniger transnationaler Konzerne wie z. B. die von Bayer durch die geplante Fusion mit Monsanto.

Was bedeuten Entwicklungen wie diese für SÜDWIND, das im Jahr 2016 sein 25 jähriges Bestehen feierte? Was konnten wir beitragen, um eine menschenrechtsfördernde, nachhaltige und gemeinwohlorientierte Politik zu ermöglichen? Sind wir mit unseren Themen, unseren PartnerInnen gut genug aufgestellt, um gegen die Verengung der Weltbilder, gegen die sich ausbreitende Fremdenfeindlichkeit und gegen die abnehmende Solidarität mit den Schwachen und Armen zu wirken?

Einige Beispiele aus der Arbeit des Jahres zeigen, wie SÜDWIND zu diesen Brennpunkten arbeitet, auch um Mut für die nächsten 25 Jahre zu machen. Unsere Arbeit zu dem Themenfeld von Migration und Entwicklung war für die Arbeit vieler zivilgesellschaftlicher Akteure eine überaus wichtige Arbeitsgrundlage, da sich bislang nur Wenige intensiv mit dieser Frage beschäftigt haben. SÜDWIND hat in seinen Analysen den Zusammenhang von Migration und Entwicklung sachlich und fundiert dargestellt, daraus Positionen abgeleitet und somit die Kenntnisse und das Interesse für diese komplexe Thematik bei vielen gefördert.

Im Rahmen der Kampagne Change Your Shoes kämpften Mitarbeitende und Vorstandsmitglieder gemeinsam für zivilgesellschaftliche Freiräume. Hintergrund war ein Konflikt mit dem Förderer: der EU-Kommission. Der italienische Partner der Kampagne verfasste eine

Studie, die die menschenunwürdigen Arbeitsbedingungen in der lokalen Lederindustrie offenlegte. Auf Druck der Industrie und immenser Lobbyarbeit wurden die zugesagten und dringend benötigten Projektmittel für die Kampagne von der EU zunächst zurückgehalten. Dadurch war die Arbeit von Change Your Shoes ernsthaft gefährdet. SÜDWIND mobilisierte viele VertreterInnen besonders der Bundes- und EU-Politik und der Zivilgesellschaft, die sich bei der EU-Kommission für die Auszahlung der Projektmittel einsetzten. Dank dieses Engagements und vieler Gespräche wurde ein Kompromiss ausgehandelt. Die EU-Kommission zahlte die Projektmittel nach einigen Wochen an die Kampagne aus. Die Arbeit von SÜDWIND und seinen Partnern zu dem Thema kann fortgeführt werden, z. B. zu den Arbeitsbedingungen in der Leder- und Schuhindustrie in China, Indien und Indonesien.

Das Jahr 2016 war auch geprägt durch das Ringen um einen starken Nationalen Aktionsplan für Wirtschaft und Menschenrechte (NAP). SÜDWIND forderte gemeinsam mit anderen AkteurInnen, dass verbindliche Regeln für Unternehmen festgeschrieben werden, damit sie ihre menschenrechtliche Verantwortung auch in Ländern des Südens wahrnehmen, z.B. beim Rohstoffabbau. Auf der sehr gut besuchten Jubiläumsveranstaltung von SÜDWIND am 16. September 2016 wurde die Frage von Verbindlichkeit und Freiwilligkeit mit VertreterInnen aus der Wirtschaft, Wissenschaft und Politik intensiv diskutiert.

Leider wurden im NAP nicht die aus SÜDWIND-Sicht notwendigen Regeln festgeschrieben. So wird sich SÜDWIND auch im Textilbereich weiter für die Einhaltung von sozialen Standards und verbindliche Regulierungen entlang der Wertschöpfungskette einsetzen. Im gleichen Monat widmeten sich Vorstand und Mitarbeitende auch in der jährlichen Klausur dem Thema. Mit Eindrücken aus verschiedenen Themenfeldern der SÜDWIND-Arbeit diskutierten wir den Beginn eines ‚Postsiegel-Zeitalters‘, d.h. einer Zeit, in der neben Nichtregierungsorganisationen auch AkteurInnen wie

Unternehmen nach einer Alternative zur Siegelvielfalt fragen und diese in gesetzlichen Regeln erkennen.

SÜDWIND ist auch mit den PartnerInnen der Kampagne für Saubere Kleidung im Textilbündnis aktiv, um soziale Standards zu verankern. Wie wichtig dies ist, zeigt unter anderem eine SÜDWIND-Studie des letzten Jahres. Diese deckte die prekären Arbeitsbedingungen von WanderarbeiterInnen in Gujarat, Indien, auf, die in einem zertifizierten Betrieb im Bereich der Baumwollentkörnung arbeiten. Dabei bleiben wir hier bei SÜDWIND nicht bei der Aufdeckung von Missständen stehen, sondern unterstützen Dialogprozesse mit den Zertifizierern, Auditoren, Käufern, Gewerkschaften und Nichtregierungsorganisationen, um Verbesserungen besonders im Bereich der Überprüfung der Arbeitsbedingungen zu ermöglichen.

Wir danken allen Menschen, die SÜDWIND im vergangenen Jahr als Mitglieder, SpenderInnen, Förderer, AuftraggeberInnen oder politische UnterstützerInnen begleitet haben. Das letzte Jahr hat gezeigt, dass auch wenn wir weltpolitische Entwicklungen nicht direkt beeinflussen können, unsere Arbeit für die Vision einer gerechten Weltwirtschaft punktuell gleichzeitig sehr wirksam ist. Insofern können wir Sorge tragen, dass wir gut aufgestellt sind und bleiben dabei, unsere Verantwortung in Deutschland und der Welt wahrzunehmen. Die Feststellung, dass wir es sind, ist neben dem Dank an unsere UnterstützerInnen mit einem großen Dank an die engagierten MitarbeiterInnen verbunden, die mit großer Motivation und hoher Fachkenntnis auch schwierige und kontroverse Auseinandersetzungen nicht scheuen. Wir freuen uns, dass SÜWDIND mit der Rückkehr von Vera Schumacher nach ihrer Elternzeit, der guten Arbeit von Sandra Grigentin-Krämer in ihrer Vertretung sowie mit der Einstellung von Eva-Maria Reinwald als neue NRW-Promotorin für Wirtschaft und Menschenrechte und der von Gaby Braun im Bereich Verwaltung zuversichtlich und gestärkt in das neue Jahr 2017 gehen kann.

Wir danken allen Kirchengemeinden und Kirchenkreisen, die SÜDWIND im Jahr 2016 mit Kollekten und/oder Zuschüssen unterstützt haben:

Ev. Auferstehungsgemeinde Bonn  
 Ev. Erlöser-Kirchengemeinde Bad Godesberg  
 Ev. Friedenskirchengemeinde Castrop-Rauxel  
 Ev. Kirchengemeinde Alt-Duisburg  
 Ev. Kirchengemeinde Bad Breisig  
 Ev. Kirchengemeinde Bergneustadt  
 Ev. Kirchengemeinde Boostedt  
 Ev. Kirchengemeinde Eitorf  
 Ev. Kirchengemeinde Engers  
 Ev. Kirchengemeinde Gersweiler-Klarenthal  
 Ev. Kirchengemeinde Goch  
 Ev. Kirchengemeinde Kleve  
 Ev. Kirchengemeinde Köln  
 Ev. Kirchengemeinde Köln-Pesch  
 Ev. Kirchengemeinde Köln-Rath-Ostheim  
 Ev. Kirchengemeinde Lohmar  
 Ev. Kirchengemeinde Neunkirchen  
 Ev. Kirchengemeinde Oberkassel  
 Ev. Kirchengemeinde Remagen-Sinzig  
 Ev. Kirchengemeinde Seelscheid  
 Ev. Kirchengemeinde St. Augustin Menden-Meindorf  
 Ev. Kirchengemeinde Troisdorf  
 Ev. Kirchengemeinde Wahlscheid  
 Ev. Kirchengemeinde Wichlinghausen-Nächstebreck  
 Ev. Kirchenkreis Dinslaken  
 Ev. Kirchenkreis Düsseldorf-Gerresheim  
 Ev. Kirchenkreis Gütersloh  
 Ev. Kirchenkreis Herne  
 Ev. Kirchenkreis Köln-Rechtsrheinisch  
 Ev. Kirchenkreis Münster  
 Ev. Kirchenkreis Oberhausen  
 Ev. Kirchenkreis Wesel  
 Ev. Kirchenverband Köln und Region  
 Ev. Trinitatis-Kirchengemeinde Schleidener Tal  
 Ev. Versöhnungskirchengemeinde  
 Rheda-Wiedenbrück  
 Kommende Dortmund

## ► Finanzbericht 2016

Der Jahresabschluss 2016 weist ein positives Ergebnis von 13.205,11 Euro auf. Dieser Betrag wurde der Rücklage zugeführt, die zum Jahresende 228.891 Euro beträgt. Der Vorjahresabschluss wurde in der Mitgliederversammlung am 25. Juni 2016 festgestellt. Gleichzeitig wurde der Vorstand für das Geschäftsjahr 2015 entlastet.

### Einnahmen

Die Einnahmen betragen im Berichtsjahr 1.030.023 Euro. Dabei haben die Erträge aus Drittmitteln einen Anteil von 76 %. Die Erlöse aus der zweckgebundenen Projektförderung machen davon mit 662.101 Euro 64 % aus. Sie betreffen Mittel des Bundes aus dem Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und Engagement Global, Mittel der Stiftung

Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen, der Europäischen Union, von Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst, der Evangelischen Kirche von Westfalen, der Evangelischen Kirche im Rheinland, des Erzbistums Köln und der International Cocoa Organization.

Die Einnahmen aus Auftrags- und Honorartätigkeiten betragen 124.755 Euro und haben einen Anteil von 12 % an den Gesamteinnahmen. Die Einnahmen stammen u. a. aus Aufträgen für Brot für die Welt, die Staatskanzlei Nordrhein-Westfalen, den Arbeitskreis Kirchlicher Investoren, die Welthungerhilfe, die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ), Oikocredit International, das Royal Tropical Institute - KIT, die Stiftung Oro Verde, die GLS Bank und die REWE Group.

### Bilanz zum 31. Dezember 2016

AKTIVA	2016	Vorjahr
<b>A. Anlagevermögen</b>	<b>8.872,00</b>	<b>6.570,00</b>
I. Immaterielle Vermögensgegenstände (Softwarelizenzen)	132,00	288,00
II. Sachanlagen (Wert der Betriebs- und Geschäftsausstattung)	8.740,00	6.282,00
<b>B. Umlaufvermögen</b>	<b>241.758,34</b>	<b>232.990,14</b>
I. Vorräte (Bestand an Waren)	14.160,73	10.026,00
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	53.528,54	32.503,69
III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	174.069,07	190.460,45
<b>C. Aktive Rechnungsabgrenzung*</b>	<b>1.431,33</b>	<b>763,35</b>
<b>Summe</b>	<b>252.061,67</b>	<b>240.323,49</b>
PASSIVA	2016	Vorjahr
A. Eigenkapital (Vereinsvermögen)	228.890,94	215.685,83
B. Rückstellungen (Jahresabschluss, Aufbewahrungspflicht, Urlaubsverpflichtungen und Anlagevermögen)	19.096,17	11.577,07
C. Verbindlichkeiten	4.074,56	3.760,59
D. Passive Rechnungsabgrenzung**		9.300,00
<b>Summe</b>	<b>252.061,67</b>	<b>240.323,49</b>

\* Rechnungen, die vor dem Jahreswechsel bezahlt wurden, die jedoch Leistungen betreffen, die erst im Jahr 2017 erbracht werden.

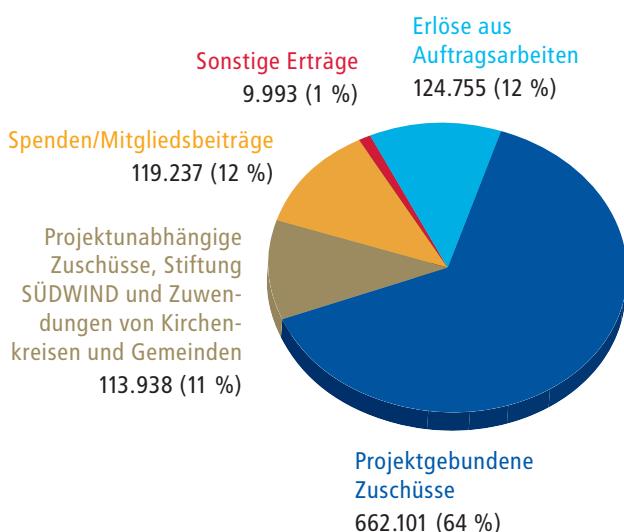
\*\* Projektzuwendungen, die im Jahr 2016 geflossen sind, die aber erst im Jahr 2017 wirksam werden.

Die Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen und Spenden, Zuwendungen aus Kirchenkreisen und Gemeinden, projektgebundenen Zuschüssen sowie der Ausschüttung der Stiftung SÜDWIND haben zusammen einen Anteil von 23 %. Institutionelle, d.h. nicht projektbezogene Förderung erhält SÜDWIND von der Evangelischen Kirche im Rheinland, dem Evangelischen Kirchenverband Köln und Region und von Brot für die Welt - Evangelischer Entwicklungsdienst.

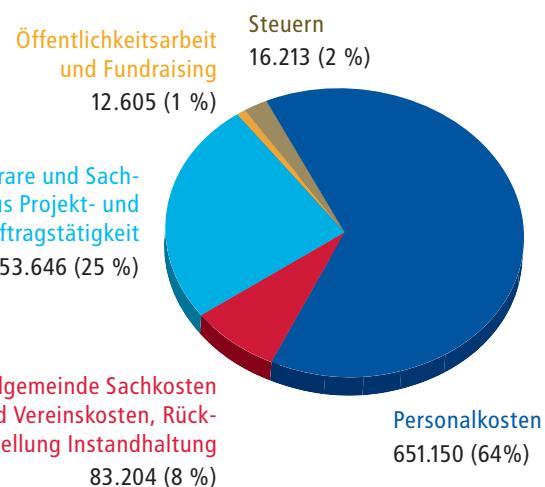
## Ausgaben

Die Mittel werden für die Projektarbeit und das Erbringen von Leistungen für unsere Auftragstätigkeit im Sinn der Satzungszwecke von SÜDWIND verwendet. Unsere Ausgaben betrugen im Berichtsjahr 1.016.818 Euro. Dabei haben die Personalkosten mit 651.150 Euro einen Anteil von 64 % am gesamten Budget. Im abgeschlossenen Jahr waren bei SÜDWIND 12 Personen beschäftigt, größtenteils in Teilzeitstellen zwischen 50 und 100 %. Umgerechnet sind das 9,5 Vollzeitstellen.

### Einnahmen 2016 in Euro (gerundet), % in Klammern



### Ausgaben 2016 in Euro (gerundet), % in Klammern



### SÜDWIND e.V.: Gewinn- und Verlustrechnung 2016 (Angaben in €)

	2016	Vorjahr
1. Umsatzerlöse	130.092,15	185.011,44
2. Sonstige betriebliche Erträge	899.790,35	629.295,12
3. Zinsen und Erträge	140,92	342,01
<b>Aufwendungen</b>		
4. Materialaufwand	253.645,29	90.886,50
5. Personalaufwand	648.421,89	627.237,06
6. Abschreibungen	6.228,08	4.561,80
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	108.523,05	105.001,10
8. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	13.205,11	13.037,89 -
9. Jahresfehlbetrag	13.205,11	13.037,89 -
10. Einstellung in Gewinnrücklagen	13.205,11	0,00

SÜDWIND unterstützt und befolgt den Verhaltenskodex „Transparenz, Organisationsführung und Kontrolle“ des Verbands Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe VENRO ([www.venro.org](http://www.venro.org)). Wir haben uns zudem der „Initiative Transparente Zivilgesellschaft“ angeschlossen ([www.transparency.de](http://www.transparency.de)).

## Auszug aus dem Jahresabschluss 2016 der Steuerberatungsgesellschaft Heilen & Rieskamp

### BESCHEINIGUNG

Wir haben auftragsgemäß den vorstehenden Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung – der Südwind e.V. für das Geschäftsjahr vom 01.01. bis 31.12.2016 unter Beachtung der deutschen handelsrechtlichen Vorschriften erstellt.

Grundlage für die Erstellung waren die von uns geführten Bücher und die uns darüber hinaus vorgelegten Belege und Bestandsnachweise, die wir auftragsgemäß nicht geprüft, wohl aber auf Plausibilität beurteilt haben, sowie die uns erteilten Auskünfte.

Die Buchführung sowie die Aufstellung des Inventars und des Jahresabschlusses nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft.

Wir haben unseren Auftrag unter Beachtung der Verlautbarung der Bundessteuerberaterkammer zu den Grundsätzen für die Erstellung von Jahresabschlüssen durchgeführt. Dieser umfasst die Entwicklung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung auf Grundlage der Buchführung und des Inventars sowie der Vorgaben zu den anzuwendenden Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden. Zur Beurteilung der Plausibilität der uns vorgelegten Belege und Bestandsnachweise, an deren Zustandekommen wir nicht mitgewirkt haben, haben wir Befragungen und analytische Beurteilungen vorgenommen, um mit einer gewissen Sicherheit auszuschließen, dass diese nicht ordnungsgemäß sind. Hierbei sind uns keine Umstände bekannt geworden, die gegen die Ordnungsmäßigkeit der uns vorgelegten Unterlagen und des auf dieser Grundlage von uns erstellten Jahresabschlusses sprechen.

Köln, 17. Februar 2017



(Rieskamp)  
Wirtschaftsprüferin  
Steuerberaterin



(Heilenbroich)  
Steuerberaterin

# Stiftung SÜDWIND-Institut für Ökonomie und Ökumene

## Stiftungsrat



**Ulrich Schwarz-Isensee**  
Vorsitzender  
des Stiftungsrates



**Lore Heitmann**  
Stellv. Vorsitzende  
des Stiftungsrates



**Eckhard Eyer**  
Mitglied des  
Stiftungsrates



**Dr. Utz Küpper**  
Mitglied des  
Stiftungsrates



**Dr. Günter Schmidt**  
Mitglied des  
Stiftungsrates



**Hans Spitzack**  
Mitglied des  
Stiftungsrates

Die Mitglieder des Stiftungsrates können über [stiftungsrat@suedwind-institut.de](mailto:stiftungsrat@suedwind-institut.de) erreicht werden.



Im Jahr 2016 konnte die Arbeit des SÜDWIND-Instituts mit 8.000 Euro aus den Erträgen des Stiftungskapitals gefördert werden. Die Stiftung SÜDWIND legt ihr Stiftungskapital mit strengen Anlagekriterien an, die sich an den Werten der ökumenischen Bewegung - Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung - orientieren. Sowohl die Kriterien als auch die komplette Liste der Investitionen und die jeweils aktuelle Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung werden auf der Website von SÜDWIND veröffentlicht.

Das Stiftungsvermögen beträgt derzeit 364.000 Euro. Stiftungsrat und Stiftungsvorstand arbeiten weiter daran, das Stiftungskapital zu erhöhen und haben dafür verschiedene Möglichkeiten geschaffen. So liegt mit der Broschüre „Zukunft möglich machen“ eine Hilfestellung zum Thema Erbschaften und Vermächtnisse vor. Darin wird auch über die verschiedenen Wege informiert, SÜDWIND in den eigenen Nachlass einzubeziehen. Auch besteht seit kurzem die Möglichkeit, der Stiftung ein Stiftungsdarlehen zur Verfügung zu stellen. Dabei handelt es sich um ein zinsloses Darlehen, das der Stiftung SÜDWIND befristet überlassen wird. Dies ist eine gute Möglichkeit, die Stiftung zu unterstützen, ohne sich endgültig von seinem Vermögen zu trennen.

**Bitte schicken Sie mir:**

- Publikation (Titel eintragen)
  
- Exemplare des SÜDWIND-Faltblatts (Anzahl): \_\_\_\_\_
- Informationen zur Stiftung SÜDWIND
- ..... weitere Exemplare des Jahresberichts 2015
- Eine Publikationsliste
- Bitte setzen Sie mich auf den Verteiler für den Newsletter und weitere Informationen.

Meine E-Mail-Adresse:

**Schicken Sie das Material an folgende Adresse:**

Name, Vorname \_\_\_\_\_  
 Ggf. Institution \_\_\_\_\_  
 Straße, Haus-Nr. \_\_\_\_\_  
 PLZ, Ort \_\_\_\_\_  
 Datum, Unterschrift \_\_\_\_\_



**SÜDWIND e.V.**  
 Kaiserstraße 201  
 53113 Bonn  
 Tel.: +49 (0) 228-76 36 98-0  
 info@suedwind-institut.de  
 www.suedwind-institut.de

**Bankverbindung des Vereins:**  
 SÜDWIND e.V.  
 KD-Bank  
 IBAN: DE45 3506 0190 0000 9988 77  
 BIC: GENODE1DKD  
 Umsatzsteuer: DE169920897

**○ Ja, ich möchte Mitglied bei SÜDWIND e.V. werden!**

Vorname, Name \_\_\_\_\_

E-Mail \_\_\_\_\_

- Lastschrifteinzug
- Überweisung
- Rechnung

**Die Abbuchung soll erfolgen**

- vierteljährlich
- halbjährlich
- jährlich

Der Mindestbeitrag beträgt für Privatpersonen jährlich 70 €.

- 70
- 100
- 140
- 210
- ..... **anderer Beitrag**

Der Mindestbeitrag beträgt für Institutionen jährlich 250 €.

- 250
- 500
- ..... **anderer Beitrag**

- ..... **anderer Beitrag**

Sie erhalten in Kürze eine schriftliche Bestätigung Ihrer Mitgliedschaft.  
 Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung.

Ort, Datum \_\_\_\_\_ Unterschrift(en) \_\_\_\_\_

WC 11008

**SEPA-Lastschriftmandat** (SEPA Direct Debit Mandate)  
 für SEPA-Basis-Lastschriftverfahren/for SEPA Core Direct Debit Scheme

**Name und Anschrift des Zahlungsempfängers (Gläubiger)**  
 SÜDWIND e.V. · Kaiserstraße 201 · 53113 Bonn

**Gläubiger-Identifikationsnummer (CI/Creditor Identifier)** \_\_\_\_\_ **Mandatsreferenz**  
 DE27ZZZ00000033336 wird nachgereicht

**SEPA-Lastschriftmandat**

Ich/Wir ermächtige(n) SÜDWIND e.V. Zahlungen von meinem/unserem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise(n) ich/wir mein/unser Kreditinstitut an, die von SÜDWIND e.V. auf mein/unser Konto gezogenen Lastschriften einzulösen.

**Hinweis:** Ich kann/Wir können innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrags verlangen. Es gelten dabei die mit meinem/unserem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

Kontoinhaber (Vorname, Name) \_\_\_\_\_

Straße, Hausnummer \_\_\_\_\_

PLZ, Ort \_\_\_\_\_

Kreditinstitut \_\_\_\_\_

BIC \_\_\_\_\_

IBAN \_\_\_\_\_

Ort, Datum \_\_\_\_\_

Unterschrift(en) \_\_\_\_\_



# Danke!

**Unser Spendenkonto:**

KD-Bank

IBAN: DE45 3506 0190 0000 9988 77

BIC: GENODED1DKD



**SÜDWIND e.V.**  
Kaiserstraße 201  
53113 Bonn

Tel.: +49 (0) 228-76 36 98-0  
[info@suedwind-institut.de](mailto:info@suedwind-institut.de)  
[www.suedwind-institut.de](http://www.suedwind-institut.de)